

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

erschint täglich nachm. mit Ausnahme des Sonn- und Festtags.
Hauptstadt Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.52 M.; in Österreich 4.43 K.
Hauptstadt B. ohne Postgebühr vierteljährlich 1.00 M. In Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.22 M.; in Österreich 4.07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Anzerate werden die kostbarsten Beiträge abdr. deren Name mit 20 J. Restanten mit 60 J. die gratis berechnet. Bei Wiederholungen entsprechendes Abat.

Verlagsredaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unentgeltl. Schriftstücke keine Verantwortlichkeit
Redaktions-Expeditoren: 11 bis 12 Uhr.

Unstimmigkeiten.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:
Eine Ministerkrise existiert derzeit nicht, alles Gerede darüber ist verspätet oder verfrüht. Man weiß wohl, daß die Woche vor der Reise des Kaisers nach Korsu stetig kritisch ist und daß die stielere Woche den zweiten kritischen Zeitpunkt umschließt. Daher auch jetzt die vielen Leitartikel über die Krisis. Diese Auslassungen kommen aber alle zu spät.
Andererseits ist es mit gewissen Unstimmigkeiten unter den Reichsorganen dem Reichsmarineamt und dem Auswärtigen Amt gesprochen. Demgegenüber muß an eine Äußerung des Freiherrn v. Hertling erinnert werden, in der er im vorigen Jahre als Zentrumsredner zur Maroffrage deutlich auf den Mißstand hingewiesen hat, der durch die Existenz eines besonderen Pressebureaus im Reichsmarineamt entstanden ist. Wenn überhaupt von Unstimmigkeiten zwischen den genannten Ämtern gesprochen werden kann, so liegt der Grund hierfür ausschließlich in der Tätigkeit des genannten Pressebureaus. In dem Augenblicke, in dem die beruflichen Interessen mit der englischen Regierung, speziell mit Herrn Osborne, über eine Verständigung verhandelt, hat das Pressebureau des Reichsmarineamtes, um Stimmung für die Flottennotelle zu machen, die Redaktionen der deutschen Blätter mit englandfeindlichen Flugblättern und Broschüren überschwemmt. Es dürfte ein gefährliches Vorgehen sein, um Stimmung für deutsche Defensivmaßregeln zu machen, die bereits für notwendig erkannt sind, gegen eine bestimmte Macht zu hegen. Es zeigt dies auch wenig Vertrauen in das Verständnis des deutschen Volkes und seine gewählten Vertreter. Diese werden sich ihr Urteil auch ohne solche Machenschaften bilden und sich den als richtig erkannten Verfügungen unserer Verteidigungsmittel zur See nicht widersetzen. Wenn seitens des Auswärtigen Amtes dergleichen Treibereien energischer Widerstand entgegengesetzt wird, so ist dies nur zu billigen. Es ist zu erhoffen, daß die Parteien auch nach dem Weggange des Freiherrn v. Hertling aus dem Reichstage nicht unterlassen werden, von neuem die Aufmerksamkeit des Reichstages auf diesen Mißstand in der amtlichen Presseorganisation zu lenken.
Wir können sagen, daß hier der Finger auf einen wunden Punkt gelegt wurde. Die Darstellungen sind zutreffend. Der Mißstand aber ist groß und muß unter allen Umständen beseitigt werden. Wir haben zu viele Pressebureaus. Das Kriegsministerium kommt ohne ein solches aus und steht sich dabei gut. Das Marineamt läßt sich nicht arbeiten und zwar in der Regel gegen das Auswärtige Amt. Das Reichskolonialamt hat wieder ein eigenes Bureau für Auswärtigen Amt und im Pressebureau innere und äußere Politik verbunden, was auch unzulässig geworden ist. Das Ziel der Reform muß sein: es darf nur ein Pressebureau geben und dieses muß direkt dem Reichskanzler unterstellt sein. Heute ist es so: wir haben ein Haupt, aber viele Köpfe in der Regierung. Es fehlt eine tatkräftige und sichere Zentrale. Die Staatssekretäre machen Politik auf eigene Faust und scheitern dann sehr schnell. Mit der Organisation des Pressedienstes muß sofort begonnen werden, soll nicht das ganze politische Geschäft schweren Schaden leiden. Vor einem Artikel gegen den früheren Sozialsekretär Bernuth, der sich in einem Zentrumsblatte „Märk. Volkszeitung“ fand, behaupten, gegnerische Blätter, daß der Abgesandnete Erzberger ihn verfaßt habe. Diese Behauptung ist nach jeder Richtung hin falsch.

Die soziale Lage der Straßenbahner.

Das Zentrum hat für die Mißstände der arbeitenden Stände ein offenes Auge und ein warmes Herz. Es hat sich der Zentrumsabgeordnete Sittard ein Verdienst erworben, daß er im Reichstage die Aufmerksamkeit auf die armen sozialen Verhältnisse hinwies, unter welchen die Straßenbahner schwer zu leiden haben, und verlangte, daß ein Mißstand geschaffen werde; er sagte in seiner Rede:
„Die Verhältnisse der Straßenbahner liegen in der Tat sehr im Argen und Abhilfe tut dringendst. Ich kann nicht unterlassen, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß sich das Reich noch nicht dieser Frage angenommen hat. An Anregungen hat es wahrhaftig nicht geübt. Schon 1900 hat mein Kollege Sipe in der Kommission für Arbeiterstatistik Erklärungen von Reich wegen über die Arbeitszeit, die Arbeitsverhältnisse, die Lohnverhältnisse usw. der Straßenbahner gefordert, aber er begnügt sich dort mit Schwierigkeiten, denn es stand die Last der Sache, daß das Verkehrsgewerbe der Gewerbeordnung nicht unterliegt. Auch späterhin hat es auf unserer Seite am guten Willen nicht gefehlt und besonders die Abgeordneten Trimborn, Sipe und Dr. Dohlem haben erneut auf eine revidierte Regelung der Straßenbahnerverhältnisse gedrungen. Aber es ist zu positiven Resultaten nicht gekommen, weil man regierungsseitig erwiderte, daß es sich hier um eine bundesstaatliche Angelegenheit handele. Die ganz Ange-

legenheit läßt sich zurückverfolgen bis in die achtziger Jahre und wiederholt sind neben den bereits angeführten Kollegen auch die Abgeordneten Erzberger, Sittard und Dr. Siegel für die Straßenbahner eingetreten. Inzwischen hat das Straßenbahnerwesen eine immer größere Ausdehnung genommen, die soziale Not der Straßenbahner ist dringender geworden und erfordert unsere volle Aufmerksamkeit. Wenn man immer und immer wieder betont, daß das Verkehrsgewerbe dem Kleinbahngewerbe zu unterwerfen sei, so muß darauf hingewiesen werden, daß das Gesetz den Straßenbahner nicht den Zonen gewährt, den sie verlangen können und dürfen. Es sind in Preußen und auch in anderen Einzelstaaten Erhebungen über die Verhältnisse der Straßenbahner angestellt und in einer Denkschrift zusammengefaßt worden. Das Material dieser Denkschrift bietet in Bezug auf Berücksichtigung der Dienstzeit, der freien Zeit, der Arbeitszeit, der Möglichkeit des Besuchs des Gottesdienstes usw. wertvolles Material. Die Denkschrift befehlt uns auch darüber, daß 1906 in Deutschland 22 Kleinbahnen bestanden, die sich auf die Städte, auf Landgemeinden, auf Kreise und Amtsgemeinschaften als Besitzer verteilten. Diese Monogaligkeit läßt es begreiflich erscheinen, daß an eine einheitliche Regelung nicht zu denken ist. Aus der Denkschrift geht weiter hervor, daß in der Tat in manchen Straßenbahnbetrieben der Dienst 15, ja 16 Stunden dauert. Es muß jedoch auch betont werden, daß es sich bei den langen Arbeitszeiten nur um Ausnahmen handelt und daß bei 81 Prozent der Straßenbahnen die Dienstzeit bis zu 11 Stunden, bei 53 Prozent unter 10 Stunden beträgt. Es machten sich zwar in der letzten Zeit Tendenzen bemerkbar, die auf eine verkürzte Arbeitszeit hinauslaufen, trotzdem aber ist nicht die Last der Welt zu schaffen, daß eine Reihe von schweren Mißständen besteht, und es muß von der Regierung ein energischer Schritt gefordert werden. Wir haben in diesem Jahre wieder vorgeschlagen, die Straßenbahner, wenn möglich, der Gewerbeordnung zu unterstellen, wenn die Regierung der Meinung sein sollte, daß dieser Weg ungangbar sei, so möge sie uns einen anderen Weg vorschlagen. Wir haben darüber gefordert, daß die Arbeitszeit durchgängig zu lang ist, und ich füge hinzu: die Straßenbahner haben zu wenig diensfreie Tage und vor allem zu wenig dienstfreie Sonntage. Selbstverständlich ist es nicht möglich, daß die Straßenbahner jeden Sonntag, aber auch nur jeden zweiten und dritten Sonntag frei haben, das Publikum, das gerade an Sonntagen Ausflüge macht, würde sich das einfach nicht gefallen lassen. Wohl aber wünschen wir, daß die Straßenbahner eine bestimmte Anzahl von Sonntagen im Jahre vollständig frei haben, und das kann sehr wohl gemacht werden. Schon das rein menschliche Gefühl sagt uns, daß ein freier Sonntag etwas ganz anderes ist, als irgend ein freier Wochentag. Dazu kommt weiter: der Sonntag ist nun einmal der Tag des Herrn. Viele der Straßenbahner sind von Jugend an gewöhnt, am Sonntag ihren religiösen Pflichten nachzukommen, und die Möglichkeit am Sonntag ihre religiösen Pflichten dem allerböbsten Herrn gegenüber zu erfüllen, wird es ihnen erleichtern, auch ihre Pflichten gegenüber ihren irdischen Herren zu erfüllen. Deshalb wünschen wir nicht nur, daß den Straßenbahner eine bestimmte Anzahl von freien Tagen, sondern vor allem von freien Sonntagen gegeben wird, damit sie am Gottesdienste teilnehmen können. (Beifall im Zentrum.) Mit Recht wird auch gefordert, daß den Arbeiterausschüssen nicht die ihnen zukommende Bedeutung und Bewegungsfreiheit eingeräumt wird. Die Arbeiterausschüsse sollen und können ein Friedensinstrument sein, während sie jetzt vielfach nur auf dem Papiere stehen und gar keine Bedeutung besitzen. Auch die Strafen sind, namentlich im Vergleich mit der geringen Entlohnung, vielfach zu hoch. Wenn man Vorforge trafe, daß durch vernünftige Arbeitsverhältnisse, die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit der Straßenbahner gehoben würde, dann würden sie sich viel weniger Verfehlungen zuschulden kommen lassen und damit würden viel weniger Bestrafungen notwendig sein. (Beifall.) Ich bitte die Regierung dringend, hier zu bekunden, daß sie entschlossen ist, die bestehenden Verhältnisse zu beseitigen, indem eine solche Zulage würde wesentlich beitragen, den Straßenbahner über die drückenden Verhältnisse, in denen sie leben, hinwegzuziehen. (Lebhafter Beifall.)
Ministerialdirektor Caspar antwortete darauf, daß die Reichsgesetzgebung nicht direkt eingreifen könne, da das Sache der Bundesstaaten ist; ihnen müsse daher die Initiative überlassen werden. Offenbar findet sich im sächsischen Landtage ein Abgeordneter, der ebenso ehrlich ohne parteipolitische Rücksichten die Initiative zur Regelung der Verhältnisse der Straßenbahner auf dem Gesetzgebungswege ergreift, wie es die Zentrumsabgeordneten im Reichstage versuchen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 23. März 1912.
— Zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion wurde am Donnerstagabend Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn gewählt. Namens des Vorstandes schlug Abgeordneter Dr. Schäbler diese Wahl vor; der Senior der Fraktion, Prälat

Dr. Bender, unterstützte sofort den Vorschlag und hat um Wahl per Akklamation. Diese erfolgte ohne Widerspruch. Die drei Vorsitzenden der Fraktion sind somit: Dr. Spahn, Dr. Schäbler, Bröder.

— Die Einbringung der Wehrvorlagen. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt am 21. März: „In der Presse findet sich die Nachricht, die Regierung hätte eine Verlängerung der Osterferien des Reichstages bis zum 29. April vorgeschlagen, um für die Fertigstellung der Wehr- und Steuer- vorlagen Zeit zu gewinnen. Diese Meldung ist unrichtig; die Regierung hat keinen solchen Vorschlag gemacht. Uebrigens werden dem Vernehmen nach die Vorlagen heute dem Bundesrat zugehen.“

— Bayern und die Deckung der Wehrvorlagen. Entschuldigungen über die Gründe des Wechsels im Reichssekretariat bringt der „Bayerische Kurier“; das Zentrumsblatt schreibt: „Es darf angenommen werden, daß der eigentliche Grund des Austrittes des Staatssekretärs Bernuth darin gegeben war, daß Bayern, Baden, Württemberg und Hessen sich auf eine grundverschiedene Auffassung der Reichsfinanzlage gestellt haben, der sich auch Preußen angeschlossen hat. Es ist offenbar eine Korrektur des vorgelegten Budgets durchgedrungen, die unbeschadet korrekter Schuldentilgung die vorhandenen großen Ueberschüsse des Reiches anders verwertet, als es der Staatssekretär getan hat. Man macht keine neuen Steuern, wenn das Reich mit den vorhandenen Mitteln auskommen kann. Ob nach Wegfall der Liebesgabe die vorhandenen Mittel ausreichen, bleibt abzuwarten. Es steht absolut fest, daß man eine Erhöhung der Matrikularbeiträge vermeiden will. Bezüglich der Liebesgabe ist zu bemerken: Bayern und die anderen süddeutschen Staaten, die das Branntweinverbotrecht zugunsten des Reiches ausgegeben haben, können auf die zum Ersatz des Reservats und zum Schutz der süddeutschen Brennereien getroffenen Bestimmungen (Liebesgabe) nicht verzichten. Es soll ihnen also eine Steuerparierung von 10—12 Mk. zugebilligt werden über den kleinen Brennereien eine Abfindung gezahlt werden. Die Südstaaten haben ihre Forderungen nach Berlin zur Beratung der Materie entsandt.“

— Das Reichstagspräsidium beim Kaiser. Vor seiner Reise nach Korsu hat der Kaiser am Donnerstag das Präsidium des Reichstages im Schlosse empfangen. Nicht das Reichstagspräsidium als solches, sondern nur der bei der endgültigen Wahl am 8. d. M. neugewählte erste Vizepräsident Professor Dr. Raasche hat diesmal um einen Empfang nachgesucht. Die beiden anderen Mitglieder des Präsidiums, die fortgeschrittenen Abgeordneten Dr. Kämyß und Dove, waren im Februar mit ihrem Besuch um Erteilung einer Audienz vom Hofmarschallamte abschlägig beschieden worden. Der Reichskanzler hatte damals die Wählung der Audienz befürwortet, weil nicht das ganze Reichstagspräsidium um sie nachsuchte. Jetzt, nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Zaidemann aus dem Präsidium beurlaubt ist, wurde durch das Gesuch des an seine Stelle getretenen Abgeordneten Raasche ein Raum geschaffen, das den Reichskanzler in den Stand setzte, seine früher geäußerten Bedenken fallen zu lassen. So konnte man jetzt auf die Gewährung einer Audienz zurückkommen.

— Eine bemerkenswerte Ernennung. Der Kaiser hat den Vortragenden Rat im Reichsfinanzamt, kaiserlichen Geheimen Oberregierungsrat Jahn zum Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt ernannt. Der neue Unterstaatssekretär ist am 23. November 1862 zu Neudamm in der Pommern geboren. Nachdem er in Berlin Rechts- und Staatswissenschaft studiert hatte, wurde er 1885 Kammergerichtspräsident, 1889 Professor, 1894 Amtsrichter in Charlottenburg, 1899 Landrichter am Landgericht Berlin I. Ein Jahr später wurde er als ständiger Hilfsarbeiter in das Reichsfinanzamt berufen, wo er nach dreijähriger Tätigkeit zum Vortragenden Rat aufstieg und 1907 den Titel Geheimen Oberregierungsrat erhielt. Durch diese Ernennung ist Direktor Herz überflüssig geworden. Unterstaatssekretär Jahn hat sich bei der Beratung der Revidierungsänderung besonders hervorgetan.

— Preussisches Abgeordnetenhause. Zunächst wird die Beratung der Kultusetats beim Kapitel Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Abg. Hirsch hält die Einwände des Abg. Dr. Geh gegen das Schulprogramm nicht für stichhaltig. Abg. Dr. Sackenberg äußert sich abfällig gegen den Abg. Hirsch. Abg. Ernst (Fr. Bp.) vertritt die Forderung nach Einheitskunde. Kultusminister v. Trost zu Solz gibt den Abg. Sackenberg recht. Die Schulbesuch der äußersten Linken teilt er natürlich nicht. Nachdem noch einige Abgeordnete, u. a. Abg. Sedroth gesprochen haben, vertagte sich das Haus auf Freitag.

— Spirituszentrale und Liebesgabe. Die Ankündigung der Regierung, daß zur Deckung der neuen Wehrvorlagen die Liebesgabe, das heißt die Spannung zwischen der Steuer auf Kontingentsspiritus und Superkontingentspiritus in Höhe von 20 Mark im Fortfall kommen soll, hat die Spirituszentrale völlig überrastet. Man hatte in der Zentrale eher mit einem Staatsmonopol gerechnet, als mit dem Fortfall der Liebesgabe. Aber schon holt die Zentrale zu einer Maßregel aus, die die Wirkung des Fortfalls